

Zukunftsfähige Hochschulpolitik

Soziale Gerechtigkeit, Leistung und Verantwortung

Gerade in Deutschland ist Bildung der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Bildung eröffnet Möglichkeiten zur Gestaltung des eigenen Lebens und zur Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen, ökonomischen und politischen Leben. Der Zugang zu Bildung wird damit zur entscheidenden Zukunftsfrage – für jede Einzelne und für jeden Einzelnen wie für die Gesellschaft insgesamt. Ein hoch entwickeltes Land wie Deutschland, dessen Wirtschaftskraft und Fähigkeit neue Herausforderungen zu bewältigen so stark von den Ideen und der Kompetenz seiner Bürgerinnen und Bürger abhängt, muss den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung daher besondere Aufmerksamkeit widmen.

In einer Welt, in der interkulturelle Kompetenz und Bildung zu immer wichtigeren Ressourcen werden, stehen die Hochschulen vor großen Herausforderungen. Die Hochschulen müssen sich neu aufstellen in einem globalen Kontext und ihren Beitrag dazu leisten, unsere Gesellschaft an ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit auszurichten. Sie tragen so Verantwortung nicht nur für die Ausbildung ihrer Studentinnen und Studenten, sondern für die Entwicklung unserer Gesellschaft insgesamt hin zu einer demokratischen Bildungsgesellschaft.

Die Hochschulen betrachten wir als Orte, an denen sich die Freiheit von Lehre, Wissenschaft und Forschung in Verantwortung für Mensch und Umwelt in besonderer Weise entfaltet. Aufgabe des Staates ist es, die Voraussetzungen zu sichern und bei Reformbedarf zu schaffen, die zur Ausübung von freier Lehre und Forschung notwendig sind. Zu diesen Voraussetzungen zählen wir eine demokratische Kultur des fairen, weltoffenen, transparenten Wettbewerbs von Methoden, Konzepten und Lehren.

Wir wollen die Hochschulen erneuern. Wir wollen mehr gut ausgebildete AbiturientInnen und mehr HochschulabsolventInnen. Wir wollen besser ausgestattete Hochschulen. Wir wollen bessere Bedingungen für Forschung und Lehre. Wir wollen unsere Hochschulen und unser Land weltoffener, demokratischer, ökologischer und insgesamt zukunftsfähiger machen. Unsere Maßstäbe für eine Neugestaltung der Hochschulen sind Nachhaltigkeit, Weltoffenheit, Chancengerechtigkeit, Demokratisierung und Autonomie.

Investieren in unsere Zukunft: für eine solide Hochschulfinanzierung

Der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben liegt in Deutschland mit 4,35 Prozent des BIP deutlich unter dem Mittelwert der OECD-Länder, der bei knapp über 5 Prozent liegt. Deutschland investiert damit im internationalen Vergleich einen zu geringen Teil seines nationalen Wohlstandes in Bildung. Deutschland unterschätzt damit die Bedeutung der Bildung als entscheidende Investition in die Zukunft.

Schon längst machen die Ausgaben für die bayerischen Hochschulen nicht einmal mehr ein Zehntel des Staatshaushalts aus. 1993 waren es noch 8,4 %, 2003 nur noch 7,5 %, und das bei Haushalten, in denen nicht netto gespart wurde, sondern in denen es nur weniger Zuwachs gab. Im Jahr 2004 wurde radikal auch netto gekürzt. Es kann nicht Aufgabe der bayerischen Hochschulpolitik sein, den Staatshaushalt zu sanieren oder die Ökonomisierung des Hochschulsystems voranzutreiben. Die Hochschulpolitik der CSU lässt den Hochschulen zu wenig Bewegungsfreiheit und setzt sie unter Sparzwang. Dies behindert die notwendige Modernisierung, Internationalisierung und internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Wir fordern verstärkte Investitionen in Bildung, Aus- und Fortbildung und Hochschulen. Bei steigenden Studierendenzahlen sind weitere Einsparungen an den Hochschulen nicht zu verkraften. Die finanzielle Ausstattung der Hochschulen muss so bemessen sein, dass sie im

gesellschaftlichen Diskurs angemessen eingebunden sind und ihren wissenschaftlichen Auftrag in Forschung und Lehre erfüllen können. Das von der CSU-Staatsregierung mit den Hochschulen geschlossene Innovationsbündnis ist kein geeignetes Instrument, um den Hochschulen die notwendige finanzielle Planungssicherheit zu gewähren. Die Hochschul-etats sind damit de facto auf dem Niveau von 2004 eingefroren.

Im bayerischen Staatshaushalt müssen die Prioritäten klar für Bildung gesetzt werden. Hierzu muss der Anteil des Staatshaushalts für die Hochschulen wieder schrittweise erhöht werden. Das Land Bayern muss seine Ausgaben in die Hochschulen deutlich erhöhen. Wir fordern unsinnige Subventionen wie die Subventionierung des Luftverkehrs zu beenden, Prestigeprojekte wie den Transrapid zu stoppen und freiwerdende Mittel und Privatisierungserlöse in Bildung in Bayern zu investieren. Die neue Bundesregierung fordern wir auf, die Eigenheimzulage abzuschaffen und die bisher dort eingesetzten Mittel für die Bildung einzusetzen. Für den gesamten Bildungsbereich stünden so in den nächsten Jahren in Bayern zusätzlich wachsende Beträge in mehrstelliger Millionenhöhe zur Verfügung (2008 mehr als 140 Mio Euro, 2013 bereits mehr als 500 Mio Euro). Auf einer gefestigten finanziellen Grundlage sind die Hochschulen in der Lage, mehr Drittmittel einzuwerben und SponsorInnen zu gewinnen. Die Hochschulen sind aufgefordert, geeignete Instrumente zu entwickeln (Fundraising) und Netzwerke, insbesondere unter ihren ehemaligen StudentInnen, aufzubauen (Alumnae/i-Netzwerke), die ihnen ermöglichen, Spenden aus privaten Vermögen zu akquirieren. Bevor diese Anstrengungen jedoch Früchte tragen können, muss auch hier zunächst investiert werden.

Für mehr Chancengerechtigkeit

Unabhängig von der Diskussion um Studiengebühren muss man konstatieren, dass es um die Chancengerechtigkeit im deutschen Bildungswesen nicht zum Besten bestellt ist. Die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder aus Familien mit hohem Bildungs- und Einkommensniveau ein Hochschulstudium aufnehmen, ist deutlich größer als bei Kindern aus bildungsfernen und finanzschwachen Familien. Wie der „Eurostudent Report 2005“ zeigt, finden Arbeiterkinder in Deutschland besonders schwer den Weg an die Hochschule.

Wenn der Bildungserfolg dermaßen stark von der sozialen Herkunft beeinflusst wird, hängt dies vor allem mit dem dreigliedrigen Schulsystem zusammen, das zu stark auf Selektion setzt und zu wenig auf individuelle Förderung. Chancengerechtigkeit beim Hochschulzugang im weiteren Sinne lässt sich nicht allein mit den Instrumenten der Hochschulpolitik erreichen. Wir fordern deshalb u.a. mehr frühkindliche Bildung und ein anderes Schulsystem mit einer neunjährigen gemeinsamen Schulzeit. In einem solchen Schulsystem können Kinder aus bildungsfernen Familien stärker als bisher gefördert, intellektuell angeregt und zur Hochschulreife geführt werden.

Das Erststudium bis zum Master-Abschluss muss gebührenfrei bleiben. Der Zugang zu Bildung ist in einem hoch entwickelten Land wie Deutschland zu einer entscheidenden Zukunftsfrage geworden. Er muss auch in Zukunft generell unabhängig vom Geldbeutel der Eltern sein. Bayern muss seine Begabungsreserven aktivieren und mehr Menschen zum Studium bewegen. Studiengebühren sind Gift für dieses Ziel. Menschen mit wenig Geld sind kaum bereit, sich für ein Studium zu verschulden. Die von der CSU angekündigten 500 Euro Gebühren pro Semester werden so zum sozialen Sprengstoff und verschärfen die bereits bestehende Chancenungerechtigkeit des bayerischen Bildungssystems.

Um Abiturientinnen und Abiturienten insbesondere aus finanzschwachen Familien die eigentliche Entscheidung für ein Hochschulstudium zu erleichtern, bedarf es eines Stipendienwesens, das bisher nicht in nennenswertem Umfang existiert und von Bund, Land, Universitäten und Wirtschaft erst aufgebaut werden muss.

Wir halten es für nicht sinnvoll, die Bedürftigkeit von Studentinnen und Studenten nach der finanziellen Situation ihrer Eltern zu bemessen. Stattdessen wollen wir eine von den Eltern unabhängige staatliche Unterstützung für den Lebensunterhalt. In dieser sollen Transferleistungen wie Kindergeld und BAföG zusammengefasst werden, darüber hinausgehend ist ein kreditbasiertes Teilfinanzierungsangebot denkbar.

Die Studierenden und ihre Familien tragen bereits jetzt einen erheblichen Teil der Kosten eines Studiums. Von den 28,4 Milliarden Euro, die beispielsweise in 2000 für Hochschulen und Studium aufgebracht wurden, trugen 49 Prozent die Studierenden und ihre Familien; 51 Prozent der Kosten entfielen auf die öffentlichen Haushalte. Wer diese Lastenteilung durch Studiengebühren deutlich zu Lasten der privaten Ausgaben verschiebt, riskiert, dass junge Menschen sich gegen ein Studium entscheiden, weil sie die finanziellen Belastungen für zu hoch halten. Obwohl durch die Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) unter Rot-Grün deutliche Verbesserungen erzielt werden konnten, erhält derzeit nur ca. ein Drittel aller Studierenden BAföG. Nicht einmal die Hälfte der BAföG-EmpfängerInnen erhält den Höchstsatz von 585 Euro. Zwei Drittel aller Studierenden müssen neben dem Studium jobben, um ihren Lebensunterhalt zu sichern.

Weltoffenheit praktizieren und Profilbildung erleichtern

Die Internationalisierung der bayerischen Hochschulen ist ein zentrales Anliegen der Hochschulpolitik. Neben Mitteln für Stipendien muss es den Hochschulen möglich sein, verstärkt internationale Studien- und Wissenschaftskooperationen zu organisieren, geeignete Betreuungsprogramme für ausländische Studierende und DozentInnen anzubieten, sich im Ausland zu präsentieren und internationale Partnerschaften zu pflegen.

Der Abbau bürokratischer Hürden und umfangreiche Betreuungs- und Begleitprogramme sind wichtig, um ausländische StudentInnen für ein Studium oder ausländische WissenschaftlerInnen für eine Lehr- und Forschungstätigkeit an einer bayerischen Hochschule zu gewinnen. Gelebte Internationalität ist unverzichtbar im Wissenschaftsbetrieb, ausländische Studierende und WissenschaftlerInnen bereichern den Wissenschaftsstandort Bayern. Auch für die bayerischen StudentInnen ist es sehr wichtig, Erfahrungen im Ausland zu sammeln. Auslandsaufenthalte während eines Studiums sollten zur Regel werden und müssen mit speziellen Programmen gezielt gefördert werden.

Wir unterstützen die Schaffung eines europäischen Hochschulraums durch den Bologna-Prozess. Dies ist jedoch kein Selbstzweck. Im Rahmen der europäischen und internationalen Harmonisierung muss es auch Ziel bayerischer Hochschulpolitik sein, Bewährtes aus dem deutschen Hochschulsystem zum internationalen Maßstab zu machen. Der Erfolg der Modularisierung von Studiengängen, der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen und der Etablierung neuer Studiengänge bemisst sich nicht an Zahl und Schnelligkeit. Maßstab muss vielmehr Qualität und Nachhaltigkeit der Ausbildung und des akademischen Abschlusses sein. Deshalb sollten die Freiheiten der Bologna-Vereinbarung voll ausgeschöpft werden im Hinblick auf die Dauer der Studiengänge. Nicht alle Studiengänge lassen sich sinnvoll auf drei Jahre verkürzen. Die Interpretation des Bachelorstudiums als erste berufsorientierte Phase einer Hochschulausbildung und des Masterstudiums als eher wissenschafts- und forschungsorientierte zweite Phase greift zu kurz. Wissenschaftliches Arbeiten und die Einbindung in Forschungsprojekte gehören ab dem ersten Semester zu einem Hochschulstudium.

Der Bologna-Prozess bietet die Chance die deutsche Hochschullandschaft grundlegend zu reformieren. Im internationalen Wettbewerb der Hochschulen muss sich jede Hochschule ihr unverwechselbares Profil erarbeiten. Die Grenzen zwischen den klassischen Hochschultypen Fachhochschule und Universität werden fließend. Mit der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen hat einerseits an den Universitäten die „Fachhochschulisierung“ längst

begonnen, andererseits entwickeln sich die Fachhochschulen in diesem Prozess immer mehr zu Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Die Messlatte für die Qualität des Studiums liegt für beide Hochschultypen gleichermaßen hoch. In einem ausdifferenzierten Hochschulsystem wird es Raum geben für „berufsfeldorientierte Hochschulen“ auf der einen und „Forschungshochschulen“ auf der anderen Seite. Die allermeisten Hochschulen werden beide Elemente in sich mehr oder weniger vereinen. Die verschiedenen Profile stehen gleichwertig und gleichberechtigt nebeneinander.

Hochschulstrukturen demokratisieren und Autonomie stärken

Die Verwaltungsreformen an den bayerischen Hochschulen müssen dem Ziel der Stärkung der Autonomie der Einrichtungen dienen. Sie dürfen nicht zu einer weiteren Ökonomisierung oder stärkeren Hierarchisierung des Systems führen. Hochschulen brauchen als Ort der Wissenschaft und kritischen Reflexion Unabhängigkeit von Partikularinteressen, um ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden zu können.

Wir wollen die Selbstständigkeit von Hochschulen in öffentlicher Verantwortung stärken. Wir wollen entscheidungsstarke Hochschulen: Sie sollen selbstbewusst gegenüber Parlament und Ministerium auftreten, effizient mit den zur Verfügung stehenden öffentlichen Ressourcen umgehen und gegenüber Hochschulmitgliedern und Öffentlichkeit zur Rechenschaftslegung verpflichtet sein. Organisationsautonomie gehört selbstverständlich zur Autonomie der Hochschule. Die Hochschulen sollen ihre inneren Organisationsstrukturen weitgehend selbst gestalten dürfen. Eine starke Leitungsebene und professionelles Wissenschaftsmanagement dürfen durchaus mehr Verantwortung als bisher wahrnehmen und entsprechende Kompetenzen erhalten. Unter diesen Prämissen sind die Vorschläge für eine Stärkung der Hochschulleitung gegenüber den anderen Gremien und die Einsetzung eines Verwaltungsrates kritisch zu sehen. Denn starke Hochschulleitungen brauchen eine starke Legitimationsbasis. Im Mittelpunkt eines eigenverantwortlichen Handelns der Hochschulen steht daher die demokratische Beteiligung aller am Hochschulleben Beteiligten. Nur so wird eine Identifikation aller Hochschulmitglieder mit ihrer Hochschule möglich. Unverzichtbar bleibt für uns die Stärkung der demokratischen Mitwirkungsrechte der Studierenden durch die verfasste Studierendenschaft.

Zur Autonomie gehört auch Verantwortung für die eigenen Finanzen. Das Instrument des Globalhaushalts ermöglicht den Hochschulen selbstverantwortetes Wirtschaften mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln. Zielvereinbarungen zwischen Staat und Hochschulen sichern die demokratische Kontrolle und ermöglichen staatliche Hochschulsteuerung. Die Hochschulfinanzierung sollte zu einem relevanten Teil an die Nachfrage der Studierenden gekoppelt sein. Leistungsindikatoren (Zahl der AbsolventInnen, angeworbene Drittmittel, erfolgreiche Frauenförderung usw.) erlauben eine teilweise leistungsbezogene Mittelvergabe.

Studienbedingungen und Lehre verbessern

Bröckelnde Fassaden und veraltete Buchbestände in den Bibliotheken kennzeichnen die bayerischen Hochschulen. Wir wollen unsere Hochschulen besser ausstatten, damit Studierende und WissenschaftlerInnen bessere Lern- und Lehrbedingungen haben.

An allen bayerischen Hochschulen fehlt Personal für bessere Lehre und Betreuung der Studierenden. Deshalb und vor dem Hintergrund steigender Studierendenzahlen müssen zusätzliche Mittel für mehr Personal bereitgestellt werden.

Die Hochschulen sollen sich ihre Studierenden aussuchen und Studierende sollen sich ihre Hochschule aussuchen – beide auf gleicher Augenhöhe. Damit auch die Studierenden sich ihre Hochschule aussuchen können, bedarf es ausreichend vieler Studienplätze. Der

Hochschulzugang muss weiter geöffnet werden, damit mehr qualifizierte BewerberInnen auch ohne Abitur wie zum Beispiel Meister und Meisterinnen oder Fachkräfte aus dem Bildungs- und Gesundheitssektor studieren können.

Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Hochschule muss verbessert werden mit dem Ziel, mehr bayerische SchülerInnen für ein Hochschulstudium zu interessieren und zu qualifizieren. Ein vordringlicher Ansatzpunkt zur Verringerung der Probleme beim Übergang von der Schule bzw. von einer Berufsausbildung oder Berufstätigkeit zur Hochschule liegt in einer wesentlich verbesserten Ausgestaltung der Studieneingangsphase an den Hochschulen. Durch eine transparente Beschreibung der Voraussetzungen für die jeweiligen Studiengänge, durch verbesserte Beratung bei der Studienwahl und während des ersten Studienjahrs, durch Vor- und Brückenkurse beim Studienanfang, sowie durch eine intensive Begleitung in Tutorien können die Schwierigkeiten der StudienanfängerInnen wesentlich verringert werden. Die Hochschulen in Deutschland müssen es verstärkt als ihre Aufgabe begreifen, durch gezielte Bildungsangebote beim Studienbeginn auf heterogen qualifizierte StudienanfängerInnen so einzugehen, dass sie nach einer Eingangsphase in der Regel hinreichend qualifiziert für das erfolgreiche Absolvieren des weiteren Studiums sind.

Forschung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sind wichtige Aufgaben der Hochschulen. Daneben muss aber jedes Hochschulstudium auch praxisnahe Qualifikationen für die Arbeitswelt vermitteln und vielfältige berufliche Perspektiven eröffnen. Insbesondere die Universitäten müssen sich dieser Herausforderung noch stärker stellen.

Die Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses auf befristeten und unbefristeten Stellen müssen verbessert werden. Statt bestehendem Beamtenrecht wollen wir die Einführung eines Wissenschaftstarifs, der Spielraum lässt für regionale und lokale Ausgestaltungsmöglichkeiten und wissenschaftliche Karrieren planbarer macht (tenure track) sowie Forschung und Lehre als Beruf auch ohne Professur möglich macht. In Zielvereinbarungen mit selbstständigen Hochschulen in öffentlicher Verantwortung muss sichergestellt werden, dass Professuren aufgrund der Leistungen in Forschung und Lehre vergeben und evaluiert werden.

Erkenntnisse aus der Erwachsenenbildung und neue Formen des Lehrens und Lernens sind ein unverzichtbarer Bestandteil einer auf Nachhaltigkeit bedachten Hochschulentwicklung. Organisierte Personalentwicklung muss zur Regel werden.

Die Förderung der Vereinbarkeit von wissenschaftlichem Arbeiten und Familie wird noch immer vernachlässigt. Studierende und forschende Eltern müssen gezielt gefördert werden, Betreuungseinrichtungen für Kinder müssen weiter ausgebaut werden.

Evaluation ist eine wichtige Methode, um die Qualität an deutschen Hochschulen zu verbessern und zu sichern. Durch regelmäßige externe und interne Evaluation können die Hochschulen sich ihrer besonderen Stärken besser bewusst werden und diese nach außen vertreten. Das bayerische Hochschulgesetz muss Evaluation als festen Rahmen für die Autonomie etablieren.

Die Erhöhung des Frauenanteils besonders unter den ProfessorInnen bleibt ein kurzfristig zu erreichendes Ziel. Hierzu müssen in Zielvereinbarungen mit jeder Hochschule verbindliche Quoten festgeschrieben werden. Gender Mainstreaming und Gender Budgeting müssen an den Hochschulen verbindlich umgesetzt werden.

Forschung: die Welt von morgen heute denken

Eine starke und unabhängige Grundlagenforschung an den Hochschulen im engen Verbund mit der Lehre ist ein entscheidendes und nachhaltiges Mittel für die Erhaltung und Vertiefung

eines hohen Ausbildungsniveaus und eines breiten Fundus für die Wissensgesellschaft der Zukunft. Um die Entwicklung unserer Gesellschaft an ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit zu orientieren, müssen entsprechende Schwerpunkte in der Forschungspolitik gesetzt werden. Aufstockung der Mittel für erneuerbare Energien, nachwachsende Rohstoffe und Geschlechterforschung, Friedensforschung sind nur einige Stichworte. Eine nur technikzentrierte Innovationspolitik führt jedoch in die Irre. Wir wollen deshalb auch die Forschung in den Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften stärken, denn sie dient der gesellschaftlichen Reflexion, hilft interkulturelle Konflikte frühzeitig zu entschärfen und zeigt erst die gesellschaftliche Bedeutung vieler technologischer Innovationen auf. Forschung braucht Verantwortung: Wir haben deshalb die Risikoforschung und die Technikfolgenabschätzung salonfähig gemacht, wir werden sie weiterentwickeln.

Hochschulpolitik bleibt eine der wichtigsten Aufgaben der Landespolitik. Wir werden sie nicht der Bürokratie oder dem freien Spiel der ökonomischen Kräfte überlassen. Wir wollen die Hochschulen öffnen und sie gleichzeitig fest in der Gesellschaft verankern, denn an unseren Hochschulen entstehen die Ideen, die die Welt von morgen braucht.